

„Corona¹“

Sofortige Abschaffung aller Corona-Maßnahmen – Ersetzung der 7-Tage-Inzidenz durch aussagekräftige Indikatoren - keine Impfpflicht (weder durch Gesetz noch durch soziale Diskriminierung erzwungen) – Hände weg von unseren Kindern! - unbedingte Aufrechterhaltung des Schulbetriebs - rechtzeitige Bereitstellung von Impfstoff für die Auffrischung der Impfung bei den vulnerablen Gruppen – Intensivierung der Forschung nach einem wirksamen Medikament und weiteren Therapien

Das Sars-CoV-2 Virus ist endemisch (= heimisch) geworden, d.h. es reiht sich ein in die Liste der ungefähr 200 Atemwegserkrankungen in Deutschland. Im Herbst werden die Infektionen wie jedes Jahr steigen, vielleicht wieder in Richtung 18 000– 20 000 pro Tag. Da jede natürliche Immunisierung durch die Maskenpflicht unterbunden wurde und das Immunsystem vieler Menschen dadurch gelitten hat, kann es sein, daß auch andere Atemwegserkrankungen wieder stärker auftreten. Dessen ungeachtet werden sich die Kurven der Corona-positiv Getesteten, der Hospitalisierungen und der Todesfälle weiter signifikant auseinanderentwickeln, was die Situation objektiv entspannt und der Inzidenzzahl ihre Aussagekraft nimmt.

Während auf dem Höhepunkt der Infektionen im Dezember 2020 fast die Hälfte der Hospitalisierten starben – vor allem wegen falscher invasiver Behandlung – und die Letalitätsrate (= Anzahl der Todesfälle unter den Infizierten) bei 3,6 % lag, war sie beim zweiten „Gipfel“ im April auf 1% gefallen, und nur mehr ein Fünftel der Hospitalisierten starben. Seit Anfang August 2021 ist die Sterberate auf die verschwindend kleine Zahl von 0,08 % gesunken. Das ist weniger als ein Hunderstel der Letalitätsrate von vor vier Monaten, und ganze 2,7% der ins Krankenhaus Eingewiesenen sterben an oder mit Corona. Spätestens 2022 rechne ich mit der EU-weiten Zulassung eines wirksamen Medikamentes und weiteren Fortschritten bei der Monoklonalen Antikörper-Therapie – übrigens bereits angewandt im Klinikum Trostberg.

Eine akute Überforderung des gesamten Gesundheitssystems, die allein zeitlich eng begrenzte Einschränkungen von Freiheitsrechten der Bürger gerechtfertigt hätte, hat es zu

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit
menschliches Maß

sachorientiert

1

Bürger für Freiheit und Rechtsstaat

Felicitas Englisch

2021

keinem Zeitpunkt gegeben - selbst beim absoluten Höchststand von Corona mit 5745 Belegungen gab es noch 3723 freie Betten, ohne die seit dem 11.8.20 eingerichtete Notfallreserve von 10 000 – 12 000 Betten, und gegenwärtig ist ein Engpaß definitiv außer Sicht- und Reichweite. Seitdem die Regierung – wenn auch nach vielen Pannen und Fehlern - in der Lage ist, allen Bürgern ein Impfangebot zu machen, kann jeder, der Angst hat, sich gefährdet glaubt oder es auch wirklich ist, **sich selbst schützen**. Für diejenigen aus der Risikogruppe, die sich nicht impfen lassen können, bleibt die Möglichkeit, sich weiterhin mit FFP2/3-Masken zu schützen, und für diejenigen, die auch das nicht können, wird man finanzielle Möglichkeiten finden, ihnen Situationen zu ersparen, in denen sie nicht den gewünschten Abstand halten können (Taxi- oder Benzin-Gutscheine für Arztbesuche und Einkaufen etc.). Damit ist der Umgang mit dem Virus wieder in die private Verantwortung eines jeden zu legen und **sämtliche Corona-Maßnahmen sind sofort aufzuheben - allen voran die Maskenpflicht. Die unbedingte Aufrechterhaltung des regulären Schulbetriebs ist zu gewährleisten**. Das Bundesinfektionsschutzgesetz vom 21.4.2021, das den verfassungsgarantierten Föderalismus beschädigt und den Bürgern den Rechtsweg zur Verfassungsbeschwerde mit juristischen Tricks verbaut, muß ebenfalls sofort zurückgenommen werden.

Eine Impfpflicht – weder als gesetzliche Vorschrift, noch durch soziale Diskriminierung erzwungen - darf es nicht geben. Allein in Erwägung zu ziehen, Bürger, die im wahrsten Sinne des Wortes nichts getan haben, zu ächten und sie bewußt sozial auszugrenzen, verletzt zutiefst rechtsstaatliche Prinzipien. Um es einmal ein bißchen polemisch zuzuspitzen: Hatte sich totalitäre Übergriffigkeit – wie böseartig und absurd auch immer – bislang immer noch an bestimmten Merkmalen zu „rechtfertigen“ versucht - wie die falsche Haut- oder Haarfarbe, die falsche Herkunft, das falsche Geschlecht oder die falsche Religion, die falsche politische Überzeugung – oder den Opfern wurden Schandtaten angedichtet (wie „Menschen verhexen, den bösen Blick haben oder Brunnen vergiften“) und sie wurden verleumdet - so werden bereits jetzt in Teilen unseres Landes gänzlich unbescholtene Menschen, die sich **nichts** zuschulden haben kommen lassen, ohne jeden ersichtlichen Grund ihrer sozialen Existenz beraubt. Diese Ungeheuerlichkeit gilt es zu verhindern.

Im Moment drohen unsere Rechtsgrundsätze auf den Kopf gestellt zu werden. Im Recht hat die Unschuldsvermutung zu gelten und ebenfalls „in dubio pro reo“ (= im Zweifel für den Angeklagten). Wer jemandem ein Verbrechen unterstellt, muß dafür Beweise vorlegen. Ebenso hat auch für jeden erst einmal die „Gesundheitsvermutung“ zu gelten.

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit
menschliches Maß

sachorientiert

2

Bürger für Freiheit und Rechtsstaat

Felicitas Englisch

2021

Andersherum: wer nicht zur Arbeit erscheint, muß sein Kranksein belegen. Niemand muß nachweisen oder belegen, daß er gesund ist (durch Tests oder Impfnachweis), sondern, wenn jemand krank und - im äußersten Fall - eine Ansteckungsgefahr für andere ist, muß das ein Arzt (kein Politiker) attestieren. In der ganzen Geschichte der Seuchen und Katastrophen hat man im schlimmsten Fall immer nur die Kranken isoliert, aber niemals die Gesunden.

Ich finde es nicht in Ordnung, daß jetzt den Kindern, die ohnehin die größten psychischen und gesundheitlichen Schäden davon getragen haben, zum zweiten Mal die Last für den angeblichen „Schutz“ ihrer zu mehr als 85% geimpften Lehrer aufgebürdet werden soll. Aus der „Impfkampagne“ sind die Kinder, die ein statistisch verschwindendes Risiko haben, schwer zu erkranken, herauszuhalten. In jedem Fall muß es die Entscheidung der Eltern bleiben, ihr Kind zu impfen oder nicht zu impfen. Das Nutzen-Risiko-Verhältnis bei den ab zwölf Jahren zugelassenen Impfstoffen ist nicht so, daß es eine generelle Empfehlung geben sollte, wobei sich in Einzelfällen, z.B. für Kinder mit Vorerkrankungen, das Nutzen-Risiko-Verhältnis umkehren kann.

Angesichts der Tatsache, daß Geimpfte das Virus übertragen und sich auch selbst nochmals infizieren können, wäre es wichtiger, Impfstoff für die rechtzeitige Auffrischung der Impfung bei den vulnerablen Gruppen bereitzustellen. Da die Impfstoffe zwar nach allgemeiner Einschätzung auch gegenüber den Varianten zu 90% vor einem schweren Verlauf schützen, nach israelischen Studien BioNtec aber nur sehr viel schwächer als angenommen vor einer Neuankomstung (auch von Geimpften) schützt und die Wirkung der Impfung mit der Zeit nachläßt, ist auf diese Gruppe besonders zu achten. (Ergänzung: Inzwischen gibt es aber auch wieder Zweifel an dieser Studie.)

Ein wirklich ernstes Problem ist die völlige Chaotisierung der Studienlage. Nach Gerd Antes, Medizinstatistiker (Mitglied der *Ständigen Impfkommision am Robert Koch-Institut sowie des Advisory Boards der International Clinical Trial Registry Platform (ICTRP) der WHO - seit 2017 Vorstand der Cochrane Deutschland Stiftung*), „wurde nahezu jeder Fehler gemacht, den man machen konnte“. Die Politik sei ahnungslos, in der Wissenschaft gehe es oft mehr um Konkurrenz, Karrieren, Gelder und um Förderprogramme. Es fehle eine repräsentative Kohortenstudie, der riesige durch die Behandlungen in Praxen und Kliniken entstandene Datenpool sei nicht wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Es fehlen die institutionellen Grundlagen in der Wissenschaft für seriöse Qualitätsüberprüfungen bei Tests, Medikamenten, und Impfstoffen. Völlig fehlen Studien, die konkrete politische Handlungsorientierungen abgeben könnten, z.B. welche Kontakte **nicht** infektiös sind,

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit
menschliches Maß

sachorientiert

3

Bürger für Freiheit und Rechtsstaat

Felicitas Englisch

2021

welche sozialen Ereignisse und Einrichtungen **keine** Pandemietreiber sind, weil die Politik nur nach Daten verlangte, mit denen sie die Angst schüren und Einschränkungen durchsetzen konnte.

¹Diese Abkürzung steht für die seit dem 16.3.2020 eingerichteten politischen und legislatorischen Maßnahmen und Verordnungen auf Bundes- und Landesebene, die vorerst in der Verabschiedung des Bundesgesetzes am 21.4.21 kulminierten.

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit
menschliches Maß

sachorientiert

4

Bürger für Freiheit und Rechtsstaat
Felicitas Englisch
2021